

Eurabia - die staatlich verordnete Islamisierung Europas.

Der Begriff [Eurabia](#) war ursprünglich der Titel einer Studie, die vom Europäischen Komitee für die Koordination von freundschaftlichen Verbindungen mit der arabischen Welt (Paris) herausgegeben wurde. Der Begriff wurde von der britischen Historikerin [Bat Ye'or](#) aufgegriffen. In ihren Büchern dokumentiert sie anhand zahlreicher Dokumente die planmäßige Vorantreibung eines islamischen Europas seit ca. 1973. In ihrem Buch „[Eurabia: The Euro-Arab Axis](#)“ zeichnet sie den demografischen Wandel als Ergebnis einer seit 30 Jahren nicht nur von den Franzosen forcierten EU-Politik. Europa versuche zusammen mit der arabischen Welt ein Euro-arabisches Gegengewicht zu den USA herzustellen; dabei sei wegen wirtschaftlicher und politischer Interessen ein demografischer Wandel in West-Europa in Kauf genommen worden, eine Art „Öl gegen Menschen“. In diesem Zusammenhang dient Eurabia auch als polemische Bezeichnung für das vom ehemaligen Bundesaußenminister Joschka Fischer angeregte Konzept der Schaffung einer Euro-Mediterranen Freihandelszone bis 2010.

Was kann der Leser auf die schnelle hiervon selber nachprüfen?

Es gibt in der EU das Bestreben, den Dialog rund ums Mittelmeer zu intensivieren und den Ländern südlich des Mittelmeers erheblich entgegenzukommen, mit Freihandelszonen und diversen Kulturprogrammen, siehe

http://ec.europa.eu/comm/external_relations/euromed/bd.htm

Man beachte, dass dieser Link sowie diverse weitere der folgenden offizielle Links der EU sind. Die Vorgabe macht auf den ersten Blick einen menschenfreundlichen Eindruck, es finden sich darin langatmige Deklarationen wie z.B. (fettgedruckt: Hervorgehoben durch BDB):

*"... convinced that the general objective of turning the Mediterranean basin into an area of dialogue, exchange and cooperation guaranteeing peace, stability and prosperity requires a strengthening of democracy and respect for human rights, sustainable and balanced economic and social development, measures to combat poverty and promotion of greater understanding between cultures, which are all essential aspects of partnership, respect human rights and fundamental freedoms and guarantee the effective legitimate exercise of such rights and freedoms, including freedom of expression, freedom of association for peaceful purposes and freedom of thought, conscience and religion, both individually and together with other members of the same group, without any **discrimination on grounds of race, nationality, language, religion or sex**; give favourable consideration, through dialogue between the parties, to exchanges of information on matters relating to human rights, fundamental freedoms, racism and **xenophobia**; respect and ensure respect for diversity and pluralism in their societies, promote tolerance between different groups in society and combat manifestations of **intolerance, racism and xenophobia**. The participants stress the importance of proper education in the matter of human rights and fundamental freedoms; respect the equal rights of peoples and their right to self-determination, acting at all times in conformity with the purposes and principles of the Charter of the United Nations and with the relevant norms of international law, including those relating to territorial integrity of States, as reflected in agreements between relevant parties; Dialogue between cultures and civilizations Given the importance of improving mutual understanding by promoting cultural exchanges and knowledge of languages, officials and experts will meet in order to make concrete proposals for action, inter alia, in the following fields: cultural and creative heritage, cultural and artistic events, co-productions (theatre and cinema), translations and other means of cultural dissemination, training. Greater understanding among the major religions present in the EuroMediterranean region will facilitate greater mutual tolerance and cooperation. Support will be given to **periodic meetings of representatives of religions and religious institutions** as well as theologians, academics and others concerned, with the aim of **breaking down prejudice, ignorance** and fanaticism and fostering cooperation at grass-roots level. The conferences held in Stockholm (15/17.6.1995) and Toledo (4/7.11.1995) may serve as examples in this context."*

Die fettgedruckten Schlüsselworte klingen zunächst vielversprechend: Kampf gegen Diskriminierung aufgrund von Religion Kampf gegen Intoleranz, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit... Begegnungen von Repräsentanten von Religionen.

Worum geht es aber konkreter? Eine Intensivierung der Kontakte dürfte vorwiegend in Immigration von Süd nach Nord bestehen, nicht etwa umgekehrt. Somit geht es auch bei den angesprochenen

Konfliktpunkten wohl kaum um Rassismus gegen europäische Geschäftsreisende oder Touristen in Nordafrika, sondern konkret um Spannungen auf der anderen Seite des Mittelmeeres. Was von den Begegnungen zwischen religiösen Repräsentanten zu halten ist, durften wir aktuell im Jahr 2006 erleben, wo in der Dissonanz zwischen Papst und islamischer Welt die islamischen Gelehrten, wie gewohnt, die dunklen Seiten aus Koran und Sunna zugunsten eines reingewaschenen Islam einfach totschwiegen.

Das verspricht für den von oben herab verordnet zu intensivierenden Dialog nicht viel Gutes.

Es ist übrigens ganz spannend: Wenn man sich durch verschiedene Texte auf den EU-Websites durchklickt, auf denen man vom o.g. Link aus landen kann, dann ist immer viel viel von "verschiedene Kulturen" und "Verständnis" und so die Rede. Das Wort "Islam" kommt nie vor. Soll hier also das "um-den-heissen-Brei-herumreden" zur Staatsraison erklärt werden?

Reden wir also nicht um den heissen Brei herum:

Es gibt Überwachungskommissionen der EU, die mitverantwortlich dafür sind, wie die Medien und Politiker sich in Sachen Islam verhalten.

Dänische Zeitungen (und keine deutsche!) haben ganzseitig über die "Operation ECRI" berichtet: ECRI bedeutet European Commission against Racism and Intolerance (Europarat), Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz.

ECRI überwacht die EU-Mitgliedstaaten und erstellt dann Berichte, vornehmlich über die Diskriminierung von Minderheiten, und da insbesondere über die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen. Die "Operation ECRI" wurde in Jyllandsposten als ein Widerstandsprozess der dänischen Regierung gegenüber ungerechtfertigte Rügen von ECRI geschildert. Die dänische Regierung holte sich andere EU-Länder mit ins Boot, die auch Fehler in der ECRI-Arbeit sahen. Außerdem meinten die Dänen schlitzohrig, dass so eine wichtige Kommission doch auch richtig arbeiten müsse. Die Dänen hatten Erfolg, ECRI musste zurückrudern. Was aber berichten die Medien bei uns über ECRI oder andere Überwachungskommissionen wie EUMC, die europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (auch Europarat)? Sie hat ihren Sitz in Wien und ist eine Agentur der EU (wenn von der EUMC beauftragte Studien nicht das "richtige" Bild des Islam bringen, geschieht schon mal dies):

<http://www.klick-nach-rechts.de/ticker/2003/12/eu-studie2.htm> .

Die Medien in Deutschland berichten nichts! Warum?

Hier sind einige Punkte, die ECRI als Empfehlungen (Anweisungen, die Eingang in unser Gleichstellungsgesetz gefunden haben) an die EU-Länder gegeben hat:

ECRI empfiehlt den Regierungen der Mitgliedstaaten, in denen moslemische Gemeinschaften angesiedelt sind und in einer Minderheitssituation leben

- eine Auseinandersetzung in den Medien und der Werbebranche anzuregen über das Bild, das sie von den islamischen und moslemischen Gemeinschaften vermitteln und über ihre Verantwortung in diesem Zusammenhang zur Vermeidung von Vorurteilen und einseitigen Informationen;

oder

- die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die freie Religionsausübung voll und ganz garantiert wird; in diesem Zusammenhang sollten insbesondere unnötige rechtliche oder administrative Hindernisse für den Bau einer ausreichenden Zahl von Gebetshäusern zur Ausübung des Islam und für seine Bestattungsriten abgeschafft werden;

und zum Schluss heißt es

- dafür Sorge zu tragen, dass die Wirksamkeit aller Maßnahmen zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegen Muslime überwacht und bewertet wird:

<http://www.coe.int/T/E/Com/Files/Themes/racism/default.asp> , dann auf 'Deutsch' klicken, dann ganz unten auf "Wie funktioniert die ECRI?" dann auf (Empfehlung Nr.5)

Ein riesiger Propaganda-Apparat für die islamischen Anrainerstaaten des Mittelmeeres, denen alle Rechte einer EU-Mitgliedschaft versprochen wurde, ist die "Anna-Lindh-Foundation":

http://ec.europa.eu/comm/external_relations/euomed/conf/naples/index.htm

Diese Foundation überzieht z.ZT. fast alle EU-Länder mit arabischen oder afrikanischen "Kultur - Festivals" und mehr. Alle diese Kommissionen haben riesige Budgets - vom europäischen Steuerzahler!

Hier noch einmal Links zu thematisch wichtigen Websites der EU:

http://ec.europa.eu/comm/external_relations/euomed/euomed_foundation/index.htm

http://ec.europa.eu/comm/external_relations/euomed/

http://ec.europa.eu/comm/external_relations/euomed/bd.htm

wo unser Geld hinfließt: http://www.qantara.de/webcom/show_article.php/c-469/nr-318/p-1/i.html

Hier wird die Katze aus dem Sack gelassen: Islamophobie heisst das 'Problem', nicht etwa der Islam.

Auf derselben Website findet sich allerdings auch ein überraschend selbstkritischer Artikel:

Partnerschaft und Gerechtigkeit für einen erfolgreichen Dialog

Ismail Serageldin, der Leiter der Bibliothek von Alexandria, unterstrich in seiner Rede während der Eröffnung die Einzigartigkeit der Stiftung. Sie zielt auf einen ausgewogenen Dialog zwischen ebenbürtigen Partnern ab, der nicht durch Druck und Zwang verordnet werde. Auf diese Weise könne der Frieden stabilisiert werden, und die Mittelmeerregion werde kulturell, politisch und wirtschaftlich von den Synergien profitieren.

Kamal Abu al-Magd, Professor an der juristischen Fakultät der Kairo-Universität, hielt allerdings dagegen, der Stiftung müsse es erst einmal gelingen, die Araber zur Zusammenarbeit zu bewegen, die sich auf übertriebene Weise unter dem Vorwand der kulturellen Eigenheit von anderen abschotten - trotz der kulturellen Krise, in der sich die arabische Welt befinde. Die Isolation der Araber, so warnte er, sei selbstmörderisch. Sie seien dringend geraten, intensiv mit der europäischen Seite zusammenzuarbeiten, damit die Ziele der Anna-Lindh-Stiftung verwirklicht würden:

<http://www.euomedalex.org/en/files/DialoguetoHospitality.pdf>

Hier einige weitere Links zum Thema. Jeder kann sich seinen Teil dazu denken, inwieweit unter dem schönen Etikett "Dialog" auch Kritik gestattet sein mag....

<http://www.euomedalex.org/Newsletter/EN/july2006.htm>

Es findet sich darin allerdings auch ein überraschend kritischer Artikel von Traugott Schoefthaler, aus dem hier zitiert werden soll:

"Surprisingly, other subjects attracted more attention at the Rabat meeting. Above all, the recommendation by the EuroMeSCo study "to involve Islamist political parties and women rights organisations in the process of reform, in order to design policies that successfully encourage political reform and gender rights" was almost unanimously rejected after heated debates. The rejection did not address the proposal to involve Islamist political parties, but Islamist women's organisations, defined by EuroMeSCo as equivalent to "what is normally referred to in the literature as 'Islamic feminism'.

United in opposing this idea, most participants did not want to accept the diversified picture of women's organisations which are based on references to Islam, as portrayed by the study. EuroMeSCo justified its proposal by concrete opportunities getting support from political Islam for strengthening at least "the public role of women" (which, ironically, comes close to the new theme of the Ministerial Conference). There was a climate of resentment. Many participants seem to consider feminist Islam a new trick for strengthening patriarchal tendencies of political Islam, misusing women for legitimating their chains."

Auf dem Weg der Islamisierung wird auch vor klarer Zensur nicht zurückgeschreckt: Aufgrund offizieller Anordnung dürfen bei offiziellen Ankündigungen von Anti-Terror-Massnahmen oder im Zusammenhang mit Terror-Attentaten die Begriffe islamisch, Dschihad und fundamentalistisch [nicht mehr verwendet werden](#). Also, passen Sie gut auf sich auf, wenn Sie nächstes mal irgendwo die

Wahrheit sagen, Sie könnten sich strafbar machen.

Einige weitere kritische Artikel zu der staatlich geförderten Anbiederung beim Islam:

http://www.eussner.net/artikel_2004-11-30_19-07-18.html

<http://www.freeworldacademy.com/globalleader/agendacont.htm>

Auch auf UNO-Ebene regen sich bereits Bestrebungen, Islamkritiker mundtot zu machen:

<http://www.net-tribune.de/article/300307-194.php>

Europa im Jahr 2015?



<http://www.buergerbewegungen.de/byo.html>